

Versicherung gegen die Revolution.

ap. Mit einem gewissen Neid blickt gegenwärtig wohl mancher aus dem deutschen Proletariat nach England, wo der radikale Minister Lloyd George nicht nur zurückgeblieben, in seinem neuesten Budget von den Reichern erhebliche Lasten zu fordern, statt sie den Arbeitern aufzuerlegen. Und nicht einfach wegen dieser Tatsache selbst — der imperialistische Weltkampf der Staaten zwingt zu so gewaltigen Rüstungen, daß die Kosten einfach nicht mehr aus dem Arbeitslohn der Massen geholt werden können, und das Gefühl der Notwendigkeit dieser Politik ist bei der Bourgeoisie so stark, daß sie lieber in die eigene Tasche greift, als in den Rüstungen nachzulassen — sondern auch wegen der Begründung; offen wird die Rücksicht auf die politische Macht der Arbeiter als Motiv angegeben. Indem der Minister die Erhöhung der Besteuerung als eine „Versicherungsprämie gegen die Revolution“ bezeichnet, brachte er zugleich die politische Methode der englischen herrschenden Klasse zum Ausdruck: gegen die Revolution des Proletariats will sie sich durch Sozialgesetzgebung sichern. In Deutschland dagegen wird das Proletariat als verächtliche Masse behandelt, gegen deren Revolution man sich durch gewaltsame Unterdrückung, durch Polizei und Militärmacht zu sichern sucht.

Nun ist das Proletariat nicht revolutionär aus irgend-einer Vorliebe für einen Umsturz, der alles durcheinander-wirft; sein revolutionäres Streben wurzelt in der Unent-räglichkeit des Kapitalismus. Will die Bourgeoisie die pro-larische Revolution hintertreiben, so gibt es dafür ein aus-reichendes Mittel: den Kapitalismus erträglich machen. Aber kann sie das? Die kapitalistische Lohnarbeit ist schwer; bis zum äußersten werden die Kräfte angespannt, mit allen Kniffen wird der letzte Tropfen Energie aus Muskeln und Nerven herausgepreßt, und jeden Tag aufs neue wird der Arbeiter abgegraben, ohne daß er damit mehr erreicht, als daß er seine Existenz von einem Tag zum andern weiter-schleppt. Der Lohn ist ungenügend für die einfachsten Be-dürfnisse, und auch wenn keine Teuerung da wäre, würde er immer mehr gegen das Steigen der rechtmäßigen Kultur-anprüche zurückstehen. Gefahren aller Art, durch das Eil-tempo der Arbeit gesteigert, bedrohen Leben und Gesund-heit. Die Arbeitslosigkeit lauert immer wie ein furchtbares Gespenst, und wenn der Ueberfluß jugendlicher Kraft ver-braucht ist, fliegt der Arbeiter hinaus und er muß sich un-vernünftig durch seines Lebens Alter hindurchzuplagen suchen. Immer sich abradern als ein Sklave des Kapitals, von der Jugend bis ins hohe Alter, ohne Lebenssicherheit, ohne Ar-beitsfreude, während die Schätze der Erde sich ringsum auf-zürnen, die Produktivität der Arbeit sich üppig entwickelt und Ueberfluß und Wohlleben für alle ermöglicht — kann das Leben in einer solchen Welt erträglich gestaltet werden? Die Arbeit unter dem Kapitalismus ist ihrer Art, ihrem Wesen nach unerträglich, vor allem, wenn noch das Bewußt-sein einer andern Möglichkeit hinzukommt; der Uebergang zum Sozialismus ist die einzige, einfachste und selbststän-digste Art und Weise, sie erträglich zu machen. Des-halb ist das Proletariat revolutionär — was also mit der Form dieses Uebergangs noch nichts zu tun hat. Den Ka-pitalismus für die Arbeiter erträglich machen, ist also eine Unmöglichkeit, ein innerer Widerspruch, eine unlösliche Auf-gabe; eine Sicherung gegen die Revolution kann es für die Bourgeoisie nicht geben.

Aber sie kann manches tun, die Revolution zu verzögern und die Kapitalherrschaft zu verlängern. Denn die Vor-bedingung zur Revolution ist ein trotziger, kampfbereiter Geist in mächtig organisierten, aufgeklärten, klassenbewußten Arbeitermassen. Aber diese Arbeiter stammen aus Klein-bürgerlichen und bauerlichen Verhältnissen, die ihren Geist gedrückt, ihre Ansprüche niedrig hielten; und auch unter der kapitalistischen Ausbeutung werden sie durch hundert Kräfte geistig heruntergezogen in Unbildung, Anspruchslosigkeit und Demut, und erst sehr langsam wagen sie ihre Blicke zu höhe-ren Zielen zu erheben und den Gedanken völliger Befreiung zu fassen. Langsam erst, aus vielen bitteren Erfahrungen bricht das Bewußtsein des Klassengegenjates und der Not-wendigkeit des Kampfes hervor, langsam erst erlernen sie Selbständigkeit und Vertrauen in die Macht der eigenen Organisation. Davon macht die Bourgeoisie Gebrauch. Durch kleine Verbesserungen und Konzessionen sucht sie den mitunter aufstrebenden Anmut der Massen zu dämpfen und das Bewußtsein des Klassengegenjates niederzukämpfen oder einzudämmen. Sie kann den Kapitalismus nicht erträglich machen; aber indem sie ihn etwas weniger unerträglich macht, hält sie die Entwicklung der proletarischen Macht auf und schiebt damit die drohende Revolution hinaus. So bil-det die Sozialreform zwar keine prinzipielle endgültige, aber doch eine zeitweilige Versicherung gegen die Revolution.

Daß dies und nicht irgendein Mitleid mit dem harten Los der Arbeiter die Triebkraft der bürgerlichen Sozial-gesetzgebung ist, hat der englische Minister offen ausgesprochen, und darin liegt sein Verdienst. Damit stehen auch diese Re-former selbst in ihrer wahren Gestalt vor uns; sie sind keine Arbeiterfreunde, sondern Feinde der Arbeiterklasse; denn sie sind Feinde des Sozialismus, sie suchen diese einzige Rettung des Proletariats zu vereiteln, sie suchen den Kapitalismus mit seinen schuldwürdigen Zuständen zu erhalten, indem sie die Revolution der Arbeiter mit dem Trinkgeld kleiner Ver-besserungen abkaufen. Natürlich ist ihnen als Vertreter der bestehenden Klassen daraus so wenig ein Vorwurf zu machen, wie die Reform von uns selbst abzulehnen wäre; wenn sie ihren Zweck erfüllt, liegt die Schuld bei den Arbeitern, die sich leithammeln lassen, oft auch bei deren Wortführern, die, statt die Wahrheit aufzudecken, solche Minister als Freunde der Arbeiter preisen und unterstützen. Nur wenn die Sozialreform von den Vertretern des Proletariats mit einer scharfen prinzipiellen Aufklärung der Massen begleitet wird, kann sie ihr bürgerliches Ziel, die Entwicklung des Klassenkampfes zu hemmen, verfehlen, und statt einer Schwächung zu einer Stärkung der Arbeiterbewegung werden.

Über praktisch tritt diese Frage doch sehr selten auf. Die Entwicklung des modernen Kapitalismus führt in die ent-gegengesetzte Richtung; die Steuerlasten werden immer höher, die Ausbeutung wird schärfer, die Arbeit wird schwe-zer. Nicht erträglich, sondern immer unerträglicher wird der Kapitalismus, und das treibt die Massen in die Re-

bellion, treibt ihnen die Gleichgültigkeit und Zufriedenheit aus, weckt Klassenbewußtsein und Kampfergie und zwingt sie zu einer eigenen Klassenpolitik. Diese Gefahr gilt es zu beschwören. Und so kommt der Minister Lloyd George zu seinem Vorschlag, nicht das Los der Arbeiter zu erleich-tern, sondern es bloß nicht noch besonders zu erschweren. Das ist der Inhalt seiner „Versicherung gegen die Revo-lution“.

In der Tat gärt es in England schon längere Zeit. Der Aufschwung der Wirtschaft in dem jüngsten Jahrzehnt hat die alte ständige Atmosphäre der Stagnation gesäubert; neues Leben, neues Denken, neues Wollen sproß in den englischen Arbeiteremport, wenn es auch noch oft unfähig nach dem Weg herumastete. Die Teuerung brachte schon harte Kämpfe. Jetzt könnte das Beispiel der festländischen Ar-beiterbewegung ihnen den Weg zu einer unabhängigen Politik des Klassenkampfes zeigen. Die Einigung der sozia-listischen Parteien kann dabei zur Grundlage eines raschen, starken Aufschwungs der politischen Bewegung werden. Darin liegt eine große Gefahr für die englische Bourgeoisie, die nicht über die Gewaltmittel, über die zentralistische Po-lizeiverwaltung, die Armee mit Kasernendruck, die alte Staatsautorität der in Deutschland herrschenden Klasse ver-fügt. Zuerst wird dadurch die liberale Partei getroffen, von deren Wählern die Arbeiter den Hauptteil bilden. Schwanken sie zu einer sozialistischen Klassenpartei ab, so ist die liberale Herrlichkeit vorbei und der bisherige Methode der englischen Bourgeoisie wird ein empfindlicher Stoß versetzt. Um dieser Absehwendung vorzubeugen, dazu dient das Budget von Lloyd George. Es ist vor allem mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen aufgestellt.

Damit tritt die Arbeiterfreundlichkeit dieses vielge-priesenen Ministers in das richtige Licht. Sein Budget soll für den Liberalismus werben, aber nicht unter der Bour-geoisie, sondern unter den Arbeitern. Es soll nicht die he-sigende Klasse vom Konservatismus zurückhalten — das ge-lingt doch nicht —, sondern die Arbeiter von einer selbstän-digen Arbeiterpolitik. Nicht die Bourgeoisie über ihre wirk-lichen Interessen belehren, sondern die Arbeiter dummkopfen ist das Ziel. Nicht um wirkliche Sozialreform, sondern um ein Wahnwörterchen handelt es sich. Man hat von der großen Macht des englischen Proletariats geredet, die der Bour-geoisie dieses Budget aufzunutzen wußte. In Wirklichkeit ist es ein Beweis seiner geringen Macht, daß die Bourgeoisie hoffen kann, es durch solche Mittel in politischer und geistiger Abhängigkeit zu halten. Den englischen Arbeitern wird es äußerst schwer gemacht, zum Sozialismus zu kommen; aber trotzdem wird es der bestehenden Klasse doch nicht gelingen, diesen Aufstieg dauernd zu verhindern.

Die politische Lage in Spanien.

Von Pablo Iglesias, Mitglied der Spanischen Cortes.

Spanien ist in ernster, krisenhafter Lage. Die kon-servative Partei, die jetzt am Ruder ist, ist von Spaltungen zerrissen, die das Leben der Partei durchdringen und die Monarchie selbst bedrohen.

Der frühere Führer dieser Partei, Maura, hat sich von der Politik zurückgezogen. Zwischen ihm und seinem Adjutanten, dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Dato und allen seinen Anhängern, herrscht ein tiefer Zwiespalt. Doch nimmt man diesen Abschied von dem politischen Leben nirgends ernst, da Mauras Sohn, Gabriel, sowie einige andre von Mauras Anhängern eifrig am Werke sind, die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufzuregen. Der Zweck dieses Angriffs ist, den Mann wieder emporzuheben, gegen den, als er Ferrer erschossen ließ, in allen zivilisierten Ländern Haß und Empörung entflammten.

Die Agitation dieser Anhänger Mauras ist sowohl gegen die Regierung Dato gerichtet als gegen den König selbst. Und trotz ihrer Versicherung monarchistischer Treue, verlieren diese Monarchisten keine Gelegenheit, um Alfonso XIII. ohne Deckung anzugreifen. Vor einigen Tagen erklärte in einer Versammlung Gabriel Maura, daß sein Vater nicht für den Marokkokrieg gewesen sei. Wenn auch 1909 einige Schar-mittel zwischen spanischen Truppen und Arabern vorzufallen seien, so habe es sich dabei um Ruhestörungen gehandelt, deren man durch polizeiliche Maßnahmen hätte Herr werden können. Dies und nicht mehr habe der Minister gebilligt. Die andern militärischen Unternehmungen seien nicht das Werk der Regierung Maura gewesen. Indem Mauras Sohn diese Behauptungen aufstellte, hat er klar bargelegt, daß die Aktionen der spanischen Truppen in Ma-rokko auf Befehl des spanischen Königs unternommen wor-den sind. General Marina, der die Truppen, die bis Jellou gelangten, befehligte, hat sich als verantwortlich für den Feldzug erklärt, um den König zu bedeu.

Der verdeckte Haß, den die Mauristen gegen den König hegen, wird von diesem erwidert. Alfonso hat die öffentliche Meinung, die gegen eine Rückkehr von Maura an das Re-gierungsruder ist, zu Hilfe gerufen, um den konservativen Führer aus dem politischen Leben zu drängen. Um dies zu erreichen, hat er eine Verständigung zwischen dem Führer der größten liberalen Gruppe und Dato benützt. Zumal Dato, durch seine Stellung als Ministerpräsident, die große Mehrzahl der Konservativen für sich gewonnen hat. Wird der König im Einvernehmen mit diesen beiden Politikern es durchzusehen verstehen, daß Maura nie mehr ans Ruder gelangt? Es ist möglich, aber nicht ohne Gefahr für das monarchische Regime.

Gleich der konservativen Partei sind auch die spanischen Liberalen gespalten. Um den Grafen Romanones scharen sich die Mehrzahl der Liberalen. Romanones war Datos Vorgänger als Ministerpräsident. Die kleinere Gruppe der Liberalen hatte Garcia Prieto als Führer. Er war es, der den Vertrag zwischen Spanien und Frankreich unter-schrieben hat, als er Staatsminister im Kabinett Romanones war. Diese Gruppe, die gegen das gegenwärtige Ministerium und verflochten gegen die liberale Partei kämpft, nennt sich jetzt „demokratische Partei“.

Dies sind die Parteien, welche die Alfonsische Monarchie unterstützen.

Es gibt noch andre monarchistische Elemente, aber sie sind von geringerer Wichtigkeit. Zum Beispiel die Regionalisten oder spanischen Separatisten, eine Gruppe von katalonischen Politikern, die Kataloniens Autonomie anstreben. Sie wün-

sen sogar eine Trennung Kataloniens von Spanien. Sie pflegen mit Konservativen, Karlisten und andern winzigen Gruppen der äußersten Rechten zu gehen.

Diesen monarchistischen politischen Kräften gegenüber stehen die republikanische Partei und die Sozialisten. Die Republikaner verfügen über große Volksmassen, die So-zialisten über die klassenbewußten Arbeiter und über eine vorzügliche Organisation. Die Mehrzahl der republikani-schen Kräfte und die Sozialisten bilden eine Koalition, die im Jahre 1909 entstanden ist, mit dem Zweck, Maura zu stürzen, ihn zu verhindern, an das Ruder zu kommen und die Monarchie zu beseitigen. Von persönlichem Ehrgeiz ge-leitet, lagern sich einige republikanische Führer von ihrer Partei losgemacht und haben versprochen, Anhänger der Monarchie zu werden, wenn sie nur liberaler und demo-kratischer wird. Ich finde es überflüssig zu sagen, daß diese po-litischen Deserteure, an deren Spitze Melquiades Alvarez und Azcarate stehen, von allen fortschrittlichen politischen Ele-menten sehr scharf verurteilt werden.

Wenn Spanien sich jetzt in einem solchen traurigen Zu-stand befindet, liegt die Hauptursache in dem, was wir unsere „internationale Politik“ nennen können. Die spanischen Machthaber, die stumpfsinnig und knechtisch sind, haben für das Land Verträge geschlossen, die nur den eigennütigen Interessen des französischen und englischen Bürgertums dienen, und nur der lächerlichen, imperialistischen Sehnsucht des spanischen Königs und der militärischen, ihm aus Eigen-nutz sehr erpedenen Gruppe, schmeicheln.

Eine Folge dieser Politik ist der Krieg in Marokko, der schon 5 Jahre dauert und das Land nicht nur Menschen-opfer, sondern auch viele Millionen Pesetas gekostet und nichts eingetragener hat, als einen schlechten Ruf. Augenblick-lich kostet das Heer, das dort weilt (ungefähr 90 000 Mann) eine Million Pesetas täglich!

Eine andre Folge dieser Politik ist der Bau einer neuen Flotte, der bis jetzt 200 Millionen Pesetas verschlungen hat — man hätte diese Summen ebenjotig ins Wasser werfen können — und die Vorbereitungen zu neuen, kostspieligeren Marine-rüstungen.

Eine Folge dieser Politik ist endlich der Bau einer elek-trischen Bahn von Madrid zur französischen Grenze. Auch sie wird einige Millionen kosten, ihr Zweck ist: Truppen von Frankreich nach Afrika und, wenn die internationale Lage es fordert, von Afrika nach Frankreich zu transportieren.

Diese ungeheuren Ausgaben müssen in Wirklichkeit dieses Land schwer drücken und in schwere Not bringen, da Spa-nien eine sehr geringe Steuerkraft besitzt. Die Schuldenlast des spanischen Staatshaushalts wächst immer mehr, die Steuern auch und die Folge ist, daß die Teuerung sich immer fühlbarer macht. Die Unzufriedenheit im Lande ist grenzen-los. Die Auswanderung infolge des Elends und des Krie-ges ist erschreckend. Der Marokkokrieg hat im Volke keine Verteidiger. Die Anhänger des Krieges selbst, der König, einige Lieferanten und die militärische Gruppe, die durch ihn gedeiht, wagen es nicht, diese Abenteuer zu verteidigen. Das ganze Volk ist gegen den Krieg, und die republikanische, besonders aber die sozialistische Partei, hört nicht auf, gegen ihn in ihren Zeitungen und in Versammlungen zu prote-stieren.

Möglich ist es, daß die ungeheuren Kosten, die der Krieg verursacht, die Torheit der Kriegsführenden und die Haltung des Königs — es wird behauptet, daß er den Krieg hinter dem Rücken der Regierung führt — zu einem Aufstand leiten werden. Es ist vom Parlament wenig oder nichts zu er-warten, was diesen Aufstand vermeiden könnte.

Wie bei früheren Wahlen verdanken die Abgeordneten, die den spanischen Cortes angehören, zumeist ihre Mandate der Vergewaltigung des allgemeinen Wahlrechts durch die Regierung oder durch die plutokratischen Elemente, so daß die Männer, die gewählt werden, dieselben sind, aus denen das frühere Parlament bestand.

Das Aussehen des neuen Parlaments gleicht fast völlig dem des Jahres 1910. Fast alle Politiker, die das Unglück Spaniens verschuldet haben, sind wieder da. Die Zusammen-setzung der politischen Parteien im spanischen Parlament ist die folgende: Konservative 238, Liberale 80, Demokraten 40, Republikanisch-sozialdemokratische Koalition 16 (nur 1 So-zialdemokrat), Reformisten (d. h. Republikaner, die für die Monarchie eingetreten sind), 12, Katalonische Separatisten 12, Karlisten und Vertreter der katholischen Parteien 7, ra-dikale Republikaner 4, Wilde 9. Insgesamt 408 Abgeord-nete.

Unter den Konservativen befinden sich einige Mauristen, die, wie schon erwähnt, der Regierung feindlich gegenüber- stehen. Die Zahl dieser Abgeordneten wird gleich bleiben oder wachsen, je nach der Haltung, die Maura einnehmen wird und je nach dem Erfolge der Regierung. Es ist fast sicher, daß die Regierung eine konservative Majorität haben wird und, um ihr Leben etwa weiter zu fristen (wie lange?), wird sie die Hilfe der Liberalen unter Romanones Führung in Anspruch nehmen.

Jeder glaubt, daß das Leben dieses Parlaments sehr kurz und unfruchtbar sein wird. Die jetzige Regierung oder ihre Nachfolge, die von einer gleichen politischen Färbung sein wird, wird mit dem vertagten Parlament zu leben versuchen. Dies ist bereits Gewohnheit in Spanien. Die Parlaments-tagung wird jedoch sehr bewegt sein. Vor dem Parlament wird der ungeheure Irrtum des Marokkokrieges dargelegt werden und Alfonso XIII. wird als der größte Schuldige dieses unsinnigen Abenteuers gebrandmarkt. Wenn das Parlament keinen andern Zweck hätte, als das Volk in seinem Verdacht zu verstärken, so wird es das Volk zu der entscheidenden Tat drängen: sich von denjenigen zu befreien, die das Land ins Verderben bringen.

28. Verbandsstag der Berufsgenossenschaften.

Am großen Saale des Zentraltheaters tagte am Donnerstag der 28. Verbandsstag der Berufsgenossenschaften. Es nahmen etwa 200 Vertreter fast aller Berufsgenossenschaften teil. Vom Reichs-vereinsratspräsidenten war Präsident Dr. Kaufmann anwesend, der in einer Eröffnungsansprache den Grundlag ausstellte, daß als wichtigste Aufgabe der Anwaltschaft die Schabenver-einigung vorangeht. Erst dann folge die Schabenhaltung und schließlich die Schabenerhaltung.

Ein Oberratsrat Dr. Bödel aus Dresden, der die sächsische Regierung und das Landesoberverwaltungsamt vertrat,